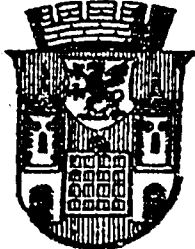


Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein erforderlich.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einseitige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Sondernachhaltungen der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 50

Freitag, den 28. Februar 1930

37. Jahrgang

Chronik des Tages.

* Die Schwierigkeiten, die sich dem neuen französischen Kabinett entgegenstellen, sind doch erheblich größer, als Herr Tardieu sich ursprünglich gedacht hatte, es wird jetzt schon vielfach mit einer Kammerauflösung gerechnet.

* Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat in einer Sitzung des Reichskabinetts sein Finanzprogramm entwickelt, das von den Sozialdemokraten als unannehmbar erklärt wurde.

* Gelegentlich des Jahrestages, da die Regierungskommission des Saargebietes ihr Amt antrat, betont erneut die Saarländische Presse die unentwegte Treue der Bevölkerung zum Reich.

Moldenhauers Finanzprogramm.

Die Sozialdemokraten lehnen sie ab.

Berlin, 28. Februar.

Das Finanzprogramm des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer umfaßt im einzelnen folgende Vorschläge:

Eine Erhöhung der Biersteuer um 75 v. H. mit einem Mehrertrag von 240 Millionen Mark, die Einführung eines Benzins- bzw. Benzinzolls mit einem Ertrag von 65 Millionen Mark, ferner die Wiedereinführung der Mineralwassersteuer mit 40 Millionen Mark. Aus der Erhöhung des Kaffee- und Teezolls werden 50 Millionen Mark veranschlagt. Ferner erwartet man aus der Vorverlegung der Fälligkeitstermine für die Erhebung der neuen Steuererhöhungen einen Mehrertrag von 30 Millionen Mark. Endlich sollen durch Verzicht auf die Herabsetzung der Zinslasten aus dem Youngplan 50 Millionen Mark eingebracht werden. Von der Gesamtsumme von 475 Millionen Mark sollen 170 Millionen Mark an die Länder überwiesen werden, und zwar 90 Millionen Mark aus dem Mehrertrag der Biersteuer, 40 Millionen Mark aus dem Benzinzoll und 40 Millionen Mark aus der Mineralwassersteuer.

In der Sitzung des Reichskabinetts fand zunächst eine allgemeine Aussprache über die Deckungsvorschläge des Reichsfinanzministers statt.

Die sozialdemokratischen Minister bezeichneten dabei das Deckungsprogramm des Finanzministers als unannehmbar.

Verlängerung des Mieterschutzes.

Abänderungsanträge abgelehnt.

Berlin, 28. Februar.

Die gegenwärtigen reichsgerichtlichen Vorschriften über den Mieterschutz laufen mit dem 31. März 1930 ab. Die Regierung hatte eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer um 2 1/2 Jahr vorgeschlagen. Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschloß eine Verlängerung der Schutzbestimmungen bis zum 1. Juli 1931. Die Beratung materieller Abänderungsanträge zum Mieterschutzgesetz lehnte der Ausschuß ab.

Die jetzt nur auf 1 1/2 Jahr beschlossene Verlängerung der Schutzbestimmungen wird zu einer beschleunigten Prüfung des Mieterrechts und zu einer Prüfung der Frage zwingen, ob und in welcher Form man aus dem gegenwärtigen Notrecht in den Zustand eines dauernden Mieterrechts übergehen kann.

... und die Flottenkonferenz?

Keine Änderung im Arbeitsprogramm.

London, 28. Februar.

Zwischen den Führern der Abordnungen zur Flottenkonferenz fand eine Besprechung statt, über die folgender amtlicher Bericht ausgegeben wurde:

„Die Abordnungsführer und der französische Botschafter in London, als Vertreter Frankreichs, haben die Frage der Fortsetzung der Arbeiten der Konferenz erörtert. Es wurde vereinbart, daß das ursprüngliche Arbeitsprogramm durchgeführt werden soll, sobald die Konferenz mit dem Wiederentstehen einer französischen Abordnung ihre volle Arbeit wieder aufnehmen kann. In der Zwischenzeit werden die privaten Besprechungen zwischen den Abordnungen fortgesetzt. Die Arbeiten des technischen Unterausschusses machen gute Fortschritte.“

Von amtlicher Seite wird ergänzend darauf hingewiesen, daß die Konferenzarbeiten befriedigend fortschreiten und auch weiterhin auf der Grundlage eines Fünfjahresabkommens durchgeführt würden. Die in London verbliebenen Mitglieder der französischen Abordnung würden über alle laufenden Angelegenheiten befragt. Von einem Dreimächteabkommen sei bisher bei keiner Abordnung die Rede gewesen. — In Londoner politischen Kreisen rechnet man damit, daß es Tardieu gelingen werde, ein neues Kabinett zu bilden, und daß er bereits Montag oder Dienstag in London wieder eintreffen könnte.

Das Ministerpensionsgesetz.

Im Reichstag angenommen.

Berlin, 28. Februar.

Der Einspruch des Reichsrats gegen den Beschluß des Reichstages, wonach die Rückflüsse aus Hauszinssteuermitteln wieder nur für den Wohnungsbau verwendet werden sollen, wird dem Wohnungsausschuß überwiesen. Auf der Tagesordnung steht dann der Gesetzentwurf über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister, das sogenannte

Ministerpensionsgesetz.

Nach den Ausschlußbeschlüssen beträgt das Gehalt des Reichskanzlers 45 000 Mark, das eines Reichsministers 30 000 Mark im Jahre. Neu sind vor allem die Bestimmungen über die Pensionierung der Reichsminister. Ehemalige Reichsminister sollen zukünftig nicht mehr lebenslanglich die volle Pension erhalten, sondern nur ein Übergangsgeld für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren, je nach der Dauer der Ministerstätigkeit, das in den ersten drei Monaten das volle Ministergehalt und dann die Hälfte beträgt. Hat ein Minister bei Ausübung seines Amtes eine Gesundheitschädigung erlitten, die seine Arbeitsfähigkeit wesentlich und dauernd beeinträchtigt, so soll er eine Ruherente erhalten, dergleichen wenn ein Minister bei seinem Ausscheiden das 65. Lebensjahr erreicht hat und mindestens vier Jahre Minister war. Die Ruherente soll 12 000 Mark jährlich nicht übersteigen. In einer Entschließung ersucht der Ausschuß die Reichsregierung, darauf Bedacht zu nehmen, daß zurückgetretene Minister, die aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen sind, nach Möglichkeit in für sie geeignete Reichsbeamtenstellen angestellt werden.

Abgeordneter G o t h e i n e r (Dnt.) stimmt dem Grundgedanken des Gesetzes zu, daß der parlamentarische Minister keinen Pensionsanspruch haben soll. Der Redner wendet sich gegen den von den Sozialdemokraten eingebrachten Antrag, wonach die Ernennung eines neuen Reichskanzlers nicht von ihm selbst gegengezeichnet werden soll, wie es jetzt die Vorlage bestimmt, sondern von dem bisherigen Reichskanzler, wie es bisher der Fall war. Abgeordneter Dr. S c h o t t e r (Ztr.) begrüßt die Vorlage, die eine Lücke in der Verfassung ausfülle. Die Vorlage sei geeignet, das Vertrauen zu den höchsten Beamten des Staates zu stärken. Abgeordneter C o l o s i e r (Wp.) erklärt, die Vorlage sei die Folge eines früheren Vorstoßes der Wirtschaftspartei. Abgeordneter T o r g e l e r (Komm.) lehnt das Gesetz ab. Abgeordneter M o r a t h (Dp.) erklärt, die in dem Gesetz vorgesehenen Gehälter seien angesichts der Aufhebung der Pensionsansprüche wirklich nicht als übertrieben hoch zu bezeichnen. Der Redner empfiehlt einen Antrag, der auch von den Demokraten unterstützt wird und der die bei Gesundheitschädigung zu gewöhnliche Ruherente auf 20 Prozent des Ministergehalts bemessen will. In besonderen Fällen soll sie bis auf 40 Prozent heraufgesetzt werden können. Abgeordneter Dr. R e i n h o l d (Dem.) spricht die Hoffnung aus, daß durch das Gesetz endlich die Legende von den Riesenbezügen der Minister beseitigt werde.

Abgeordneter R o s m a n n (Soz.) weist darauf hin, daß das Ministeramt auch bisher in der Republik keine Quelle der Bereicherung gewesen sei. Es müsse aber auch der Defizitlichkeit gezeigt werden, wie demagogisch die von den Feinden der Republik betriebene Hege sei. Abgeordneter S t ö h r (Nat.-Soz.) lehnt die Vorlage ab, während Abgeordneter D ö b r i c h (Christl.-Nat. Bauernp.) sie begrüßt und einen Antrag der beiden Bauernparteien begründet, das Gehalt des Reichskanzlers auf 30 000 Mark und das der Minister auf 24 000 Mark herabzusetzen.

Die Vorlage wurde in zweiter Beratung angenommen. Die dritte Beratung findet später statt. Der Antrag der Bauernparteien über die Kürzung der Ministergehälter wurde abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wurden die Bestimmungen der Vorlage über die Ministergehälter mit 298 gegen 90 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten, Bauern und eines Teiles der Deutschnationalen angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr.

Der Streit im Berliner Polizeipräsidium.

Eine Erklärung im Landtag.

Berlin, 28. Februar.

Im preussischen Landtag äußerte sich bei der Beratung des Haushalts des Innenministeriums Staatssekretär Dr. Abegg u. a. auch über den Konflikt im Berliner Polizeipräsidium.

Er erklärte, daß es sich dabei um Unstimmigkeiten rein persönlicher Art handle; von einem Kampf zwischen dem „militärischen“ und dem „zivilen“ System in der Polizei könne keine Rede sein.

Noch heute kostete der Kommandeur der Berliner Schutz-

polizei, Oberst Heimannsberg, von seinem Urlaub zurück. Polizeipräsident Jürgelbein werde sich dann sofort mit ihm und dem Vizepolizeipräsidenten Dr. Weiß auseinandersetzen. Staatssekretär Abegg betonte, er habe keinen Zweifel, daß diese Auseinandersetzung durchaus befriedigend verlaufen werde.

Politische Rundschau.

Aus dem Reichstag. Der Reichstag nahm am Schluß der Mittwochsitzung die Novelle zur Reichshaushaltsordnung in zweiter und dritter Beratung an. Ebenso wurde in allen drei Lesungen der Gesetzentwurf über die Zuziehung von Hilfsrichtern zum Reichsgericht angenommen.

Frank Leo stellvertretender Außenminister in China. Die chinesische Regierung hat den ehemaligen chinesischen Gesandten in Tokio, Frank Leo, der bekanntlich Katholik geworden ist, zum stellvertretenden chinesischen Außenminister ernannt.

Reichsaussenminister Curtius wieder genesen. Reichsaussenminister Dr. Curtius ist von seiner Erhaltung wieder hergestellt. Er hat seine Dienstgeschäfte wieder aufgenommen.

Kardinal Merry del Val gestorben.

Rom, 28. Februar. Der spanische Kurienkardinal Merry del Val ist in seiner Wohnung in der Via Veneto ganz plötzlich an den Folgen einer Blinddarmentzündung gestorben. Merry del Val war eines der hervorragendsten Mitglieder des Kardinalkollegiums. Er war 1865 in London geboren und wurde 1901 von Pius X. zum Kardinal ernannt; unter Pius X. bekleidete er das Amt des Kardinalstaatssekretärs.

San Domingo von den Aufständischen genommen.

Paris, 28. Februar. Wie aus San Domingo gemeldet wird, haben sich die Aufständischen nunmehr auch der Zitadelle und der wichtigsten strategischen Punkte der Hauptstadt bemächtigt. Es verlautet, daß der Präsident der Republik und der Vizepräsident in die französische Gesandtschaft geflüchtet sind. Der Oberbefehlshaber der Aufständischen, General Estrella, hat dem Gesandten der Vereinigten Staaten mitgeteilt, daß das Leben und das Eigentum der amerikanischen Staatsbürger geschützt werden wird.

Ein früherer Minister gegen den König.

Madrid, 28. Februar. Der frühere spanische konservative Minister Manzo hat in einem Vortrag erklärt, er sei zwar Anhänger der konstitutionellen Monarchie, die Monarchie stelle aber einen Vertrag zwischen König und Volk dar. Wenn dieser Vertrag gebrochen würde, wie es zurzeit der Fall sei, müsse man von neuem das Volk befragen, ob es sich für oder gegen die Monarchie ausspreche. Dies wäre die Aufgabe eines Parlaments, das mit der Wahrnehmung der Interessen des Volkes beauftragt ist.

Zollwaffenstillstand ohne Frankreich und Italien?

Genf, 28. Februar. Die Ablehnung des Zollfriedensgedankens durch Frankreich wird für allgemein mit der Bildung des Kabinetts Tardieu in Zusammenhang gebracht. Der Unterausschuß für das Zollwaffenstillstandsabkommen wurde zunächst um 24 Stunden vertagt. Im ständigen Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes, der unter Hinzuziehung des französischen Vertreters zur Beratung der Lage zusammentrat, erklärte der Vertreter der schweizerischen Regierung, daß eine Weiterführung der Zollfriedensverhandlungen unter diesen Umständen keinen Zweck mehr habe. Die französische Abordnung trat in den Verhandlungen energig für die Weiterführung der Gesamtkonferenz, unabhängig von der Beratung des Zollwaffenstillstandes ein mit dem Hinweis auf das von ihr vorgelegte Arbeitsprogramm. Es besteht allgemein der Eindruck, daß Frankreich sich möglicherweise zu einer Stabilisierung der Handelsvertragspositionen bereitfinden wird. In diesem Zusammenhang ist der Gedanke aufgetaucht, einen Zollwaffenstillstand zwischen England, den skandinavischen Ländern, Deutschland, Belgien, Holland und einigen anderen Mächten ohne Frankreich und ohne Italien abzuschließen und diese Zollwaffenstillstandsabkommen durch eine Stabilisierung der Handelsverträge mit Frankreich und Italien zu ergänzen.

Der Tod Kapitän Dreyers.

Die Besatzung der „Monte Cervantes“ in Hamburg.

Hamburg, 28. Februar.

Die Besatzung des bei Feuerland untergegangenen Hamburg-Süd-Dampfers „Monte Cervantes“ ist mit dem Schwesterdampfer „Monte Sarmiento“ wieder in Hamburg eingetroffen.

Wie einige Mitglieder der Besatzung geäußert haben wollen, soll Kapitän Dreyer nicht die Absicht gehabt haben, mit seinem Schiff unterzugehen. Vielmehr soll er versucht haben, das Schiff, als es sich bereits stark auf die Seite geneigt hatte, zu verlassen. Das Schiff sei jedoch so schnell gesunken, daß es ihm nicht mehr möglich gewesen sei. Die ganze Besatzung, alle Offiziere und Mannschaften, sind voll des Lobes über ihren verunglückten Führer, dessen tragisches Ende sie aufs tiefste bedauern.